



**BERNHARD  
SEIDENATH**   
Für das Dachauer Land  
im Landtag

## Pressemitteilung

Donnerstag, 10. Februar 2011  
Newsletter von Bernhard Seidenath aus dem Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

mit beiliegendem Text möchte ich Sie/Euch über die Schwerpunkte der Arbeit der CSU-Landtagsfraktion im vergangenen Monat Januar informieren.

Er berichtet Ihnen/Euch insbesondere von der **Klausurtagung der Landtagsfraktion in Kreuth**, die sehr konzentriert und konstruktiv ablief. Ein akuter außerplanmäßiger Beschluss stand dabei im Zeichen des frühen und strengen Winters und der durch ihn verursachten **außergewöhnlichen Winterschäden im Staatsstraßenbereich** in ganz Bayern: Die Fraktion hat Finanzminister Georg Fahrenschon einhellig gebeten, im Rahmen der Haushaltsabschlussarbeiten Möglichkeiten zu finden, diese Schäden zu beseitigen.

Ein weiteres Ziel staatlicher Investitionen ist im Landkreis das sanierungsbedürftige **Dienstgebäude der Polizeiinspektion Dachau** in der Dr.-Höfler-Straße. Landrat Hansjörg Christmann und ich hatten dabei eindeutig und klar – insbesondere wegen der Belastungen für die dort Dienst tuernden Beamtinnen und Beamten - einen Ersatzneubau (auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei) favorisiert. Im vergangenen Jahr hat die Staatsregierung allerdings - wegen der nur halb so hohen Kosten - entschieden, dass es keinen Neubau, sondern eine Sanierung des bestehenden Gebäudes geben wird. Einen Zeitpunkt für den Beginn der Sanierungsarbeiten gibt es bislang nicht. Das Bayerische Innenministerium hat bei den aktuellen Haushaltsverhandlungen das Ziel verfolgt, diese Maßnahme bereits in den Doppelhaushalts 2011/12 aufzunehmen. Das Staatsministerium der Finanzen hat dies in der letzten Woche jedoch bedauerlicherweise abgelehnt. Ich habe dies zum Anlass genommen, mich mit einem Brief an Finanzminister Georg Fahrenschon zu wenden, und ihn gebeten, diese Entscheidung noch einmal zu überdenken. Denn die Polizeibeamtinnen und -beamten, die in Dachau für unseren gesamten Landkreis Dienst tun und dabei unter ande-

rem zwei S-Bahn-Linien sowie die sensible KZ-Gedenkstätte in ihrem Schutzbereich haben, brauchen eine klare Perspektive für die Sanierung ihres Dienstgebäudes.

Auf dieses Problem habe ich auch den **neuen Polizeipräsidenten für Oberbayern Nord, Walter Kimmelzwinger**, am Rande dessen Einführung in sein neues Amt hingewiesen. Zusammen mit unserer stellvertretenden Landrätin Eva Rehm habe ich ihm bei der Amtseinführung in Ingolstadt viel Erfolg und stets eine glückliche Hand gewünscht und ihn gebeten, die Belange der Polizeiinspektion Dachau stets im Blick zu haben. Neben der Sanierung des Dienstgebäudes betrifft dies die nach wie vor hohe personelle Belastung der Dachauer Polizei.

Beim Festakt im Fahrensaal des Neuen Schlosses hat Innenminister Joachim Herrmann auch die Leistung der Anfang Februar bei der Sicherheitskonferenz in München eingesetzten Polizeieinheiten hervorgehoben, unter ihnen auch Beamte der VI. Bereitschaftspolizei-Abteilung aus Dachau. Sie hätten ihre Aufgabe hervorragend gelöst.

Im Landkreis gibt es seit längerem Bestrebungen, ein Team einer „**Spezialisierten ambulanten Palliativ-Versorgung (SAPV)**“ zu installieren. Damit würde es schwerkranken Mitbürgerinnen und Mitbürgern leichter als bisher möglich, auch das letzte Stück ihres Lebensweges in ihren eigenen vier Wänden zu gehen. Nach einem Gespräch im CSU-Bürgerbüro in Dachau gibt es nun erstmals eine konkrete Perspektive für ein solches Team in unserem Landkreis. Ich werde diese Bestrebungen weiter nach Kräften unterstützen. Denn eine optimale palliativmedizinische Versorgung, die durch die sehr aktiven Hospizvereine in unserem Landkreis ergänzt wird, ist die beste Antwort auf Rufe nach einer aktiven Sterbehilfe.

Die **Bildungspolitik** kommt nicht zur Ruhe. Jetzt wird von interessierter Seite das Modell einer so genannten **Gemeinschaftsschule** ins Gespräch gebracht und damit eine jahrzehntealte Diskussion aufgewärmt. Bisher war ein solcher Vorschlag häufig dadurch motiviert, weitere soziale Schichten zu einem höheren Schulabschluss und insbesondere zum Abitur zu führen. Im Landtag wurde nun in der vergangenen Woche vom Leiter des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg, vom Soziologen Prof. Dr. Hans-Peter Blossfeld, eine Studie vorgestellt, die klar belegt, dass eine Einheits- oder Gemeinschaftsschule hier keinerlei positive Effekte hat.

Darüber hinaus ist mir kein aktiver Rektor bekannt, der das Modell einer Gemeinschaftsschule befürworten würde. Denn die Einführung einer Einheits- oder Gemeinschaftsschule wäre zwangsläufig mit der Abkehr vom bisherigen differenzierten Schulsystem verbunden. Die Einheits- oder Gemeinschaftsschule soll nach Ansicht der bayerischen SPD langfristig nicht nur Haupt- bzw. Mittelschulen, sondern auch Realschulen und Gymnasien ersetzen. Ein solcher Total-Umbau der Schullandschaft entspricht nicht den Wünschen der Eltern, wie etwa der Hamburger Volksentscheid zur so genannten Primarschule vom Sommer 2010 zeigt: dort sollte die gemeinsame Grundschulzeit von vier auf sechs Jahre ausgedehnt werden, was in der Bevölkerung keine Mehrheit fand. Damit aber steht und fällt der Erfolg einer Schulform. Grund für die Hamburger Ablehnung war sicherlich, dass in einem differenzierten Schulsystem Kinder weit besser und begabungsgerechter gefördert werden können als im Einheitsbrei der Gemeinschaftsschule. Pisa belegt dies. Chancengerechtigkeit heißt ja nicht „für jeden das Gleiche“, sondern „für jeden ein passgenaues Angebot“. Kinder sind nun einmal unterschiedlich, ebenso sind es ihre Begabungen. Statt theoretische Strukturdebatten zu führen und neue Schulmodelle zu erfinden, sollten wir besser aufhören, die neue Mittelschule schlecht zu reden. Denn sie ist ein hervorragendes Angebot für

viele Schülerinnen und Schüler. Die Probleme vieler ländlicher Gemeinden lösen sich, wenn die Mittelschule die Akzeptanz findet, die sie verdient. Dazu haben wir für die Mittelschule die Möglichkeit geschaffen, Verbünde zu bilden – und der Schulverbund mit Odelzhausen, Bergkirchen und den drei Dachauer Schulen ist ja seit Beginn dieses Schuljahres 2010/11 am Netz. Das bayerische Schulsystem bietet eine hohe Bildungsqualität und ist durchlässig – ich erwähne nur die Fachoberschule (FOS) und die berufliche Oberschule (BOS): Damit hat jedes Kind bis zum Schluss die Chance, den jeweils besten und geeignetsten Abschluss zu machen. Und mehr als 40 Prozent der Hochschulzugangsberechtigungen werden schon heute außerhalb des Gymnasiums erworben. Dies sollten wir bei aller Aufregung in der aktuellen Diskussion stets im Hinterkopf haben.

Was den **Doppelhaushalt 2011/2012** anbelangt, so hat der CSU-Arbeitskreis für Fragen des Öffentlichen Dienstes einen Änderungsantrag in das parlamentarische Verfahren eingebracht. Unser Ziel ist es, dass weder bei der **Jubiläumswendung** noch bei der **Wegstreckenentschädigung** für die bayerischen Beamtinnen und Beamten Kürzungen vorgenommen werden.

Ein Entfall der Jubiläumswendung brächte nämlich nur geringe Einsparungen im Haushalt (2011: 1 Mio. Euro; 2012: 2 Mio. Euro), in der Beamtenschaft aber großen Unmut. Ich halte diese Kritik auch für berechtigt. Schließlich betont das zum 1. Januar 2011 in Kraft getretene Neue Dienstrecht das Ziel einer leistungsorientierten und motivierten Beamtenschaft. Die Jubiläumswendung ist eine Anerkennung für die Treue der Beamten zum Freistaat sowie ihre geleisteten Dienste. Es wäre auch eine Ungleichbehandlung gegenüber den Arbeitnehmern des Freistaates, da bei diesem Personenkreis die Jubiläumswendung nicht ohne Weiteres gestrichen werden kann. Eine Kürzung der Wegstreckenentschädigung begegnet ebenfalls gravierenden Bedenken. Die Wegstreckenentschädigung wurde zuletzt im Jahr 2008 aufgrund der seinerzeit hohen Spritpreise erhöht. Derzeit bewegen sich die Spritpreise wieder auf einem identisch hohen Niveau wie im Sommer 2008 - Tendenz zumindest nicht abnehmend. Außerdem haben die Beamtinnen und Beamten bereits im Jahr 2010 - durch die Begrenzung der Wegstreckenentschädigung auf die Entfernung zwischen Dienstort und Geschäftsort - eine spürbare Einschränkung bei der Wegstreckenentschädigung hinnehmen müssen. Im Übrigen darf dabei auch nicht vergessen werden, dass durch die Kürzung in großer Masse die Beamten der unteren Qualifikationsebenen und damit die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen überproportional betroffen wären.

In diesen beiden Fragen wird der Arbeitskreis in den kommenden Wochen Gespräche mit dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses sowie mit Finanzminister Georg Fahrenschon führen.

In der Plenarsitzung vom 10. Februar hat die CSU-Landtagsfraktion unter der Überschrift „**MAN muss bayerisch bleiben**“ zudem einen Dringlichkeitsantrag gestellt, der auch den Landkreis Dachau – insbesondere die Gemeinde Karlsfeld - betrifft. Die Staatsregierung wird hierin – so der Wortlaut des Antrags – „aufgefordert, sich weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass bei möglichen Veränderungen der gesellschaftsrechtlichen Strukturen und Beteiligungsverhältnisse beim DAX-Konzern MAN die Firmenzentrale als Ort strategischer Entscheidungen und Standorte in Bayern verbleibt.“ Ein besonderes Augenmerk muss darauf liegen, dass Arbeitsplätze sowie Forschungs- und Entwicklungsfähigkeiten und -kapazitäten in Bayern möglichst im heutigen Umfang erhalten bleiben.

Unser **Koalitionspartner FDP** hat sich im Januar auf seiner Winterklausurtagung in Kloster Benediktbeuren von einem Politikberater (Prof. Dr. Jürgen Falter) ins Gebet nehmen lassen. Sein Vor-

schlag für die FDP war, mehr Profil bei den Themen Ladenschluss und Donauausbau zu zeigen – etwas, was die liberalen Abgeordneten prompt und begierig aufgegriffen haben. Unser Koalitionspartner formuliert es seither als sein Ziel, den **Ladenschluss** unter der Woche ganz abzuschaffen. Wenn man sich dagegen bei den Bürgerinnen und Bürgern, bei Einzelhändlern sowie den dort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umhört, stellt man keinerlei Bedarf für eine Änderung der aktuell gültigen Rechtslage fest: der weitaus größte Teil ist mit den derzeitigen Öffnungszeiten zufrieden. In der gesamten CSU-Landtagsfraktion sehe ich deshalb niemanden, der Änderungen am Ladenschlussrecht vornehmen möchte.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch die bewegende Feier erwähnen, die am 27. Januar zum **Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus in Schönbrunn** stattgefunden hat. Unter die Haut ging insbesondere die Verlesung von Namen und Alter der 546 Bewohnerinnen und Bewohner, die während des Zweiten Weltkriegs aus Schönbrunn deportiert wurden und nie wieder zurückgekehrt sind. Man hat gespürt, dass die neuen Erkenntnisse von Historikern über die Zeit der Nazi-Diktatur eine große Last für die Schwestern waren und sind. An diesem 27. Januar aber hat die Kongregation mit ihrem offenen Umgang mit dem historischen Erbe ein neues Kapitel für die Einrichtung aufgeschlagen.

So weit meine aktuellen Betrachtungen und die wichtigsten aktuellen Themen aus dem Landtag. Ihnen/Euch allen wünsche ich nun eine gedeihliche Lektüre – und verbleibe mit allen guten Wünschen und mit herzlichen Grüßen

Ihr/Euer Bernhard Seidenath  
Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized initial 'B' followed by the name 'Bernhard Seidenath' written in a cursive script.

Bernhard Seidenath

## Kreuth 2011: „Gemeinsam Bayern bewegen – Wirtschaft stärken, Arbeit schaffen“

Seit Jahrzehnten ist die **aktive Wirtschaftspolitik** der CSU-Fraktion und der von ihr getragenen Staatsregierungen neben klugen Unternehmern, engagierten Arbeitnehmern und ideenreichen Erfindern das **Erfolgsrezept Bayerns**.

Wir wollen Bayern als attraktiven, innovativen und produktiven Standort erhalten und weiter entwickeln. Da sich die **grundlegenden Rahmenbedingungen** durch die Ressourcenknappheit, den demographischen Wandel und den Klimawandel **ändern**, brauchen wir hierfür auch eine **Weiterentwicklung der aktiven Wirtschaftspolitik**.

Deshalb haben wir auf unserer traditionellen Winterklausur die **Entscheidung „Bayerns Wirtschaft für die Zukunft stärken – eine Weiterentwicklung der aktiven Wirtschaftspolitik ist notwendig!“** (*Entschließungstext, [www.csu-landtag.de](http://www.csu-landtag.de)*) verabschiedet. Darin formulieren wir **zehn Punkte**, die wir umsetzen wollen, um die Erfolgsgeschichte Bayerns durch eine langfristig angelegte Strategie fortzuschreiben.

In einer **weiteren Entschließung** (*Entschließungstext, [www.csu-landtag.de](http://www.csu-landtag.de)*) haben wir den **Bayerischen Finanzminister gebeten**, im Rahmen der Haushaltsabschlussarbeiten **Lösungen für die Beseitigung der außergewöhnlichen Winterschäden im Staatsstraßenbereich** vorzubereiten. Staatsminister Fahrenschon hat auch **bereits zugesagt**, hierfür einen **Lösungsansatz zu erarbeiten**.

**Anschläge auf christliche Einrichtungen** mit einer Vielzahl von Opfern haben in den vergangenen Wochen weltweit Erschütterung und Empörung ausgelöst. Besonders in islamischen Ländern im Nahen und Mittleren Osten sind das **Bekenntnis und die freie Ausübung der christlichen Religion nicht mehr gewährleistet**. Die Freiheit der Religion gehört aber zu den weltweit anerkannten und in ihrer Substanz unbestrittenen **Grundrechten**. Die **Religionsfreiheit**, welche die Muslime **in unserem Land selbstverständlich** haben und für welche die CSU-Fraktion mit großer Entschlossenheit eintritt, **muss auch für Christen in den islamischen Ländern gelten**.

Darum **appellierten** wir in einer **weiteren Resolution** (*Entschließungstext, siehe [www.csu-landtag.de](http://www.csu-landtag.de)*) an die Bundesregierung, **alle politischen und diplomatischen Möglichkeiten auszuschöpfen**, die Regierungen aller islamischen Länder nachdrücklich an ihre

menschenrechtliche Verpflichtung zum Schutz der freien Ausübung der christlichen Religion in ihren Ländern zu erinnern.

## Aufbruch Bayern – Fortschritt statt Stillstand

Ministerpräsident **Horst Seehofer** hat in seiner **Regierungserklärung „Aufbruch für das Zukunftsland Bayern: Familie, Bildung, Innovation“** angekündigt, auch in Zukunft **für alle Regionen** in Bayern nachhaltiges Wachstum, sozialen Zusammenhalt, sichere Arbeitsplätze und beste Ausbildung zu schaffen.

Diese **Politik unterstützte** für die CSU-Fraktion ihr **Fraktionsvorsitzender Georg Schmid** in der anschließenden Debatte **ausdrücklich**.

Damit setzt die CSU-Fraktion gemeinsam mit der Staatsregierung Bayerns Erfolgsweg fort. Mit seiner **aktiven Wirtschaftspolitik** stieg der weißblaue Freistaat als einstiges Agrarland

zu **einer der größten Volkswirtschaften Europas** auf und liegt heute mit einem **BIP von über 430 Mrd. Euro** weit vor Österreich, Belgien oder auch Schweden.

Mit einer **finanzpolitischen Kraftanstrengung** für **Familie (227 Mio. Euro)**, **Bildung (389 Mio. Euro)** und **Innovation (452 Mio. Euro)** investieren wir in **mehr Betreuungsangebote**, in eine **verbesserte frühkindliche Bildung**, in **kleinere Klassen**, in den **Hochschulausbau** und in **Zukunftsinnovationen**. So wollen wir Bayern zur europäischen **Vorreiterregion für Umwelt und Energie** und zu einem **führenden Gesundheitsland** ausbauen. Denn der Fortschritt hat eine Heimat: Bayern!

## Die Bundeswehrreform für Bayern zukunftsfähig und nachhaltig entwickeln!

Die Bundeswehr steht **vor einer der größten Strukturreformen ihrer Geschichte**. Diese Reform ist **notwendig**, insbesondere um die internationale Einsatzfähigkeit unserer Bundes-

wehr für Frieden, Freiheit und Sicherheit zu verbessern.

Nicht nur militärische Bundeswehrstandorte und zivile Dienststellen, sondern auch die wehrtechnische Industrie

stehen dabei **vor erheblichen Veränderungen**.

Bei der **Umsetzung** der Reform ist deshalb **vor allem zu beachten**, dass die Bundeswehr **in Bayern** mit ihren zahlreichen Standorten in der Fläche **traditionell fest in der Gesellschaft verwurzelt** ist und einen **starken Rückhalt bei den Menschen** hat. Diese starke Verankerung unserer Bundeswehr in der bayerischen Bevölkerung wollen wir erhalten. Dazu ist eine **Präsenz der Bundeswehr in der Fläche** unseres Landes **unerlässlich**.

Außerdem sind die wirtschaftliche Kompetenz und das **Forschungs- und Entwicklungspotential** unserer heimischen **wehrtechnischen Industrie** Grundlage für die selbständige Einsatzfähigkeit unserer Armee, wie auch für die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten. Zudem ist die wehrtechnische Industrie in Bayern nicht nur ein wichtiger Arbeitgeber, sondern auch **Innovationstreiber für viele andere Wirtschaftszweige** im Freistaat.

Deshalb haben wir die **Staatsregierung** gemeinsam mit unserem Koalitionspartner **in einem Antrag aufgefordert**, sich dafür einzusetzen, dass **möglichst viele** militärische wie zivile Standorte und Dienststellen in Bayern

**erhalten und entwickelt** werden. Außerdem soll die Bundeswehr mit ihren Standorten und Dienststellen **vor allem im ländlichen Raum präsent** bleiben. Der Bestand einer **dauerhaft überlebens- und zukunftsfähigen Wehrindustrie in Bayern** darf **nicht gefährdet**, sondern ihre Forschungs- und Entwicklungspotentiale müssen nachhaltig gestärkt werden.

Die Staatsregierung soll sich ferner dafür einsetzen, dass bei der **Neufassung der Reservistenkonzeption** die Potentiale unserer engagierten Reservisten nachhaltig aufgegriffen und für neue erweiterte Aufgabenbereiche wie z. B. bei der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit oder dem Katastrophen- und Heimatschutz eingesetzt werden. Dabei sind **eigene Reservestrukturen** aufzubauen. Darüber hinaus sollen bei diesem neuen Reservistenkonzept die Belange des Katastrophenschutzes in den Ländern nachhaltig berücksichtigt und die Unterstützung der zivilen Katastrophenschutzkräfte durch die Bundeswehr sichergestellt werden.

Schließlich soll der **Bund die strukturellen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Folgen** von unabweisbaren Standortschließungen bzw. Truppenreduzierungen **angemessen kompensieren** und für die betroffenen Kommunen ein entsprechendes **städtebauliches Förderprogramm** auflegen.

## Überhöhte Dioxinwerte in Futter- und Lebensmitteln

Der **aktuelle Fall** um dioxinverseuchtes Futtermittel eines **Futtermittelherstellers aus Schleswig-Holstein** hat die Verbraucher nicht nur stark verun-

sichert, die Vorfälle haben auch gezeigt, dass **Verbesserungsbedarf beim Informationsfluss und im Be-**

**reich der Futtermittelkontrolle** über Ländergrenzen hinweg besteht.

Es hat sich gezeigt, dass eine **striktere Abgrenzung der Futtermittel und Lebensmittelherstellung** von anderen wirtschaftlichen Nutzungen **un-erlässlich** ist, um Einträge in die Lebensmittelherstellung sicher zu verhindern. Abweichungen von diesen Vorgaben sind als Gefahr für die Gesundheit von Mensch und Tier unverantwortlich und **konsequent zu sanktionieren**.

Für uns ist daher eine in sich geschlossene und für die Überwachungsbehörden und den Verbraucher **transparente Futtermittel- und Lebensmittelkette** für die Lebensmittelsicherheit **unverzichtbar**.

Deshalb haben wir die **Staatsregierung** in einem **Dringlichkeitsantrag** zum Ausschuss **aufgefordert**, dem Ausschuss für Umwelt und Gesundheit

zu den aktuellen Vorfällen um Dioxin in Futter- und Lebensmitteln **zu berichten**.

In dem Bericht sollen **insbesondere** die Auswirkungen auf die bayerischen Verbraucherinnen und Verbraucher und die bayerische Lebensmittel- und Landwirtschaft dargestellt werden.

Ferner haben wir die **Staatsregierung aufgefordert**, aufzuzeigen, **welche Maßnahmen ergriffen werden können**, um die Sicherheit von Futter- und Lebensmitteln in Deutschland weiter zu verbessern, besonders auch im Hinblick auf die Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern im Bereich der Futter- und Lebensmittelkontrollen.

Schließlich sollen der vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vorgelegte **Aktionsplan und die Beschlüsse der Sonderverbraucherschutzministerkonferenz vom 18.01.2011 dargestellt und bewertet** werden.

### Verzinsung von Rückforderungen im EU-kofinanzierten Bereich

In einem **weiteren Antrag** haben wir die **Staatsregierung aufgefordert** – sofern Leistungen im EU-kofinanzierten Bereich von Begünstigten zurückgefordert werden – unter Berücksichtigung und Darstellung der Verhältnisse

in anderen Bundesländern **zu prüfen**, ob auch bei der Berechnung der Zinsen für den nationalen Anteil EU-Recht anzuwenden, also **erst ab Übermittlung der Rückforderungsbescheide zu verzinsen ist**.